

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt beschäftigte sich am 5. Dezember 2024 unter anderem mit folgenden Themen:

TOP 2 Wissenswert: Mit Wirtschaftsjunoren (WJ) im Gespräch

Bericht: Simone Rechel, Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunoren und Mitglied der Vollversammlung

Herr Martiné begrüßt zunächst Simone Rechel und informiert, dass Catalina Gruß, Kreissprecherin der Wirtschaftsjunoren, krankheitsbedingt nicht dabei sein kann. Er stellt das Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte kurz vor und bewirbt es mit dem Hinweis an die anwesenden Unternehmer, junge Führungskräfte mit den Wirtschaftsjunoren bekannt zu machen.

Frau Rechel, Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunoren und Mitglied der Vollversammlung, informiert über die Organisation der Wirtschaftsjunoren von lokaler bis globaler Ebene mit nachstehender Präsentation.





Darmstadt
Rhein Main Neckar



211
Kreise an
79
IHKs

Meiste Kammern 16 Nordrhein-Westfalen	Größte Kammer nach Mitgliedern rd. 420.000 München (2022)	Kleinste Kammer nach Mitgliedern rd. 8.000 Coburg	Meiste Kreise 58 Bayern	Größter Kreis 206 Heilbronn-Franken	Kleinsten Kreis 3 Gera
---	---	---	---	---	--



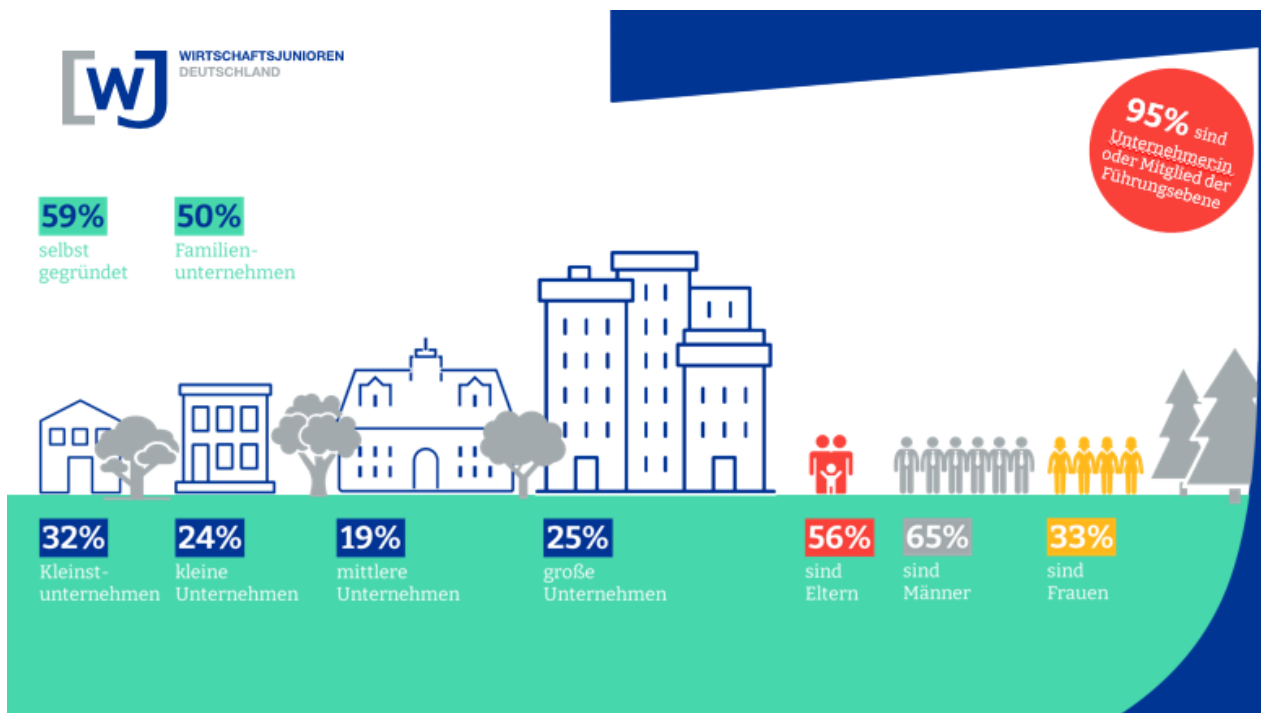
Deutschland

- 211 Kreise
- 11 Landesverbände
- 1 Bundesverband

International

- JCI International
- G20YEA





[W] WIRTSCHAFTSJUNIOREN DEUTSCHLAND

Wirtschaft, die mehr schafft

Unser Markenkern ist in jedem Jahr

1.000-fach gelebter Impact



Informationen zu Umfragen und Impulspapieren der Wirtschaftsjunioren finden Sie auf der [Homepage](#).





Information zu der Initiative Ausbildungs-ASS der Junioren finden Sie unter auf der [Homepage](#).





IHK

Darmstadt
Rhein Main Neckar



WIRTSCHAFTSJUNIOREN
DARMSTADT-SÜDHESSEN



Wirtschaftsjunioren vor Ort

WJ Darmstadt-Südhausen



Vorstandsteam 2024



Catalina Groß
Kreissprecherin



Laura Odenwälder
Past President



Steffen Brenner
Schatzmeister



Kim Skoruppa
Incoming



Saskia Jungermann
Beisitzerin

s.jungermann@jungermann-reisen.de



"Die wahre Kunst des Führens besteht darin, die Vision der Vorgänger zu verstehen und gleichzeitig den Mut zu haben, eigene Wege zu gehen."

Jetzt Kontakt aufnehmen!

Kontakt für Fragen zur Mitgliedschaft:
Zukünftige Events/Termine:


Matthias Martiné macht mit Verweis auf den Bericht von Simone Rechel die Bedeutung der jungen Führungskräfte in der Wirtschaft für die Politik deutlich. Die Gespräche auf Bundesebene zeigten, dass die Meinung der Wirtschaft auch in Berlin zähle. Man sei stolz darauf, die Bundesvorsitzende dieser Organisation in der Vollversammlung zu haben.

Information: Catrin Geier, Geschäftsstelle der Wirtschaftsjunioren bei der IHK Darmstadt, Telefon: 06151 871-1182, E-Mail: catrin.geier@darmstadt.ihk.de

TOP 3 *Selbstverwaltung der Wirtschaft*

TOP 3 *a) Personelle Änderungen in der Vollversammlung*

Bericht: Matthias Martiné

Matthias Martiné berichtet, dass Elke Kirchner, Unternehmensberatung, Wahlgruppe kleine Unternehmen Bergstraße, ihr Mandat nach Aufgabe ihrer geschäftlichen Tätigkeit niedergelegt habe. In diesem Fall – so Matthias Martiné – sei ein Beschluss der Vollversammlung über die Nachbesetzung nötig.

Frau Lisa Conte, Büroservice, Mörlenbach, hat in dieser Wahlgruppe die nächsthöchste Stimmenanzahl erreicht. Sie stellt sich der Vollversammlung persönlich vor.

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung stellt die vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft von Frau Elke Kirchner und das Nachrücken von Frau Lisa Conte zum 05.12.2024 fest.

TOP 3 *b) Nachberufung in die Ausschüsse*

Bericht: Matthias Martiné

Nach Einrichtung der Ausschüsse und Berufung der Mitglieder in der letzten Sitzung der Vollversammlung vom 10.09.2024 haben sich weitere interessierte Personen für die Mitarbeit in den Ausschüssen gemeldet.

Matthias Martiné informiert, dass eine Berufung auch während der Legislaturperiode möglich sei und schlägt nachstehende Personen gemäß Beschlussvorlage vor. Er ergänzt für den Ausschuss Umwelt und Energie Ralf Ansorge, Profilwerkstatt, Darmstadt, der sich als lang-jähriges Vollversammlungsmitglied und früheres Mitglied der Wirtschaftsunioren ebenfalls einbringen möchte und nicht in der Beschlussvorlage aufgelistet war.

Ausschuss für Umwelt und Energie

Ausschussbetreuer: Dr. Daniel Theobald, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort, Telefon: 06151 871-1282, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

Allgemeine Aufgaben

Der Ausschuss für Umwelt und Energie erarbeitet die Positionen der südhessischen Wirtschaft zu den Bereichen Umwelt- und Energiepolitik. Gemeinsam werden Informationen und Stellungnahmen zu umwelt- und energiepolitischen Themen identifiziert und auf regionaler und nationaler Ebene kommuniziert. Ein Ziel des Ausschusses ist, die Sensibilisierung der Mitgliedsunternehmen für „umweltrelevante“ Themen und die Energiewende in (Süd)Hessen und auf Bundesebene.



Vorschlag zur personellen Besetzung

Ansorge Ralf, Profilwerkstatt, Darmstadt

Blaschke Tim, BASF Lampertheim GmbH, Lampertheim

Verkehrsausschuss

Ausschussbetreuer: Catrin Geier, Geschäftsbereich Unternehmen und Standort,
Telefon: 06151 871-1182, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

Allgemeine Aufgaben

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses haben die Aufgabe, die Vollversammlung und die IHK-Geschäftsführung in allen Fragen rund um das Thema Mobilität, Verkehr, Infrastruktur, Transport und Logistik zu beraten. Ziel des Ausschusses ist es, die Verkehrswegeplanung und Verkehrsgestaltung in der Region mitzugestalten.

Vorschlag zur personellen Besetzung

Hahl, Ralf, FRIPA GmbH, Bensheim

Reinhard, Jürgen, LOGOSYS Logistik GmbH, Darmstadt

Steuerausschuss

Ausschussbetreuer: Uwe Zahlten, Geschäftsbereich Unternehmen und Standort,
Telefon: 06151 871-1218, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

Allgemeine Aufgaben

Der Steuerausschuss der IHK Darmstadt bewertet und kommentiert steuerrelevante Fragen und Probleme aus Sicht der Wirtschaft. Seine Positionen dienen, wie die der anderen Ausschüsse auch, der politischen Arbeit der IHK Darmstadt.

Vorschlag zur personellen Besetzung

Hawlitschek, Adrian, clickbar. GmbH

Würtenberger, Dr. Annika, CAPTAIN PLAY Deutschland GmbH

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung stimmt der Berufung der Ausschussmitglieder gemäß der Beschlussvorlage sowie der Berufung von Ralf Ansorge, Profilwerkstatt, in den Ausschuss für Umwelt und Energie zu.

TOP 4 Grundsatzpositionierung zur Bürokratieentlastung

Bericht: Martin Proba, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort

Matthias Martiné erläutert zunächst die Bedeutung der Positionierungen in der Vollversammlung für die Arbeit der IHK:

Die Positionierungen seien eine der wichtigsten Aufgaben der Vollversammlung. Diese bildeten Leitplanken für unsere Arbeit und machten unseren Fokus auf das Gesamtinteresse der Wirtschaft deutlich. Es gehe nie um Partikularinteressen einzelner Branchen oder gar Unternehmen bzw. Unternehmern. Dies wüsste auch die Politik zu bewerten, für die wir gefragter Gesprächspartner seien.

Martin Proba ergänzt dies um das Beispiel des Engagements von Vizepräsident Christian Jöst, der über seine Arbeit im Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung Vertreter von Ministerien berate und berichte, was die tatsächlichen Problemlagen der Betriebe seien.

Er stellt die Grundsatzpositionierung analog der Beschlussvorlage mit folgender Präsentation vor:

Grundsatzpositionierung zur Bürokratieentlastung

Woran es krankt

- Politische Beschlüsse auf Bundes/Landesebene
 - ignorieren oftmals die Lebenswirklichkeit in der Fläche
 - berücksichtigen Wechselwirkungen nicht
 - gehen von einer sofortigen 1:1-Umsetzung auf den nachgeordneten Ebenen aus
 - stellen die Finanzierung der Maßnahmen nicht sicher
- Beharrungsvermögen der Verwaltung
 - keine „Wie geht es?“-Haltung
 - absolute Rechtssicherheit vor Ermessen (Klagevermeidung)
 - kein w+
 - wirtschaftlicher Druck
 - Reaktion mit überkommenen Verhaltensmustern (Forderung nach mehr Personal)
- Eindeutige und klare Zielsetzung und konzertierte Vorgehensweise

Grundzüge unserer Position

- Bessere digitale Vernetzung der vorhandenen Daten (Once-Only-Prinzip)
- Der Staat muss die Infrastruktur für sein Verwaltungshandeln vorhalten und darf dies nicht auf Unternehmen abwälzen
- Der Rahmen muss klar abgesteckt sein, auch für die Verwaltung
- Realistische Annahmen für Erfüllungsaufwand
- Regelungen müssen ohne Zuhilfenahme Dritter erfüllbar sein
- Der Gesetzgeber muss Wechselwirkungen mit bestehenden Regularien prüfen und darf das nicht an Betroffene und Gerichte delegieren

36

1. Das „**Once-Only-Prinzip**“ bei der Datenerfassung ist für uns zentral. Aktuell werden viele sinnvolle Prozesse dadurch behindert, dass sich die Verwaltung hinter der DSGVO versteckt und behauptet, verwaltungsintern keine Daten weitergeben zu dürfen. Es ist zwingend notwendig, dass der Gesetzgeber den Rahmen schafft, damit Daten zwischen Behörden auch über die Ebenen Bund, Länder und Kommunen hinweg weitergegeben und genutzt werden dürfen und müssen. Gegebenenfalls muss eine technische Lösung etabliert werden, die dies ermöglicht, dabei aber die Persönlichkeitsrechte schützt und Missbrauch verhindert. Hier könnten unter anderem die positiven Erfahrungen aus Verwaltungsverfahren anderer EU-Mitgliedsstaaten genutzt werden.
2. Ein **Ende von „trial and error“** auf Kosten der Unternehmen: Bevor neue Regelungen in Kraft treten, muss der Gesetzgeber sicherstellen, dass die eigene, **erforderliche Infrastruktur bereitgestellt** wird, stabil funktioniert und erprobt ist. Zudem sollte ein angemessener Zeitraum von mindestens einem halben Jahr zwischen Verkündung und Inkrafttreten für notwendige Anpassungen seitens der Betroffenen gewährleistet sein. Es sollte eine Evaluation von Gesetzen zwei Jahre nach Inkrafttreten geben (Wirksamkeitskontrolle).
3. Auch wenn wir die Digitalisierung unterstützen: Alle gesetzlichen **Vorgaben müssen für die Betroffenen ohne die Zuhilfenahme Dritter und ohne damit verbundene zusätzliche Kosten erfüllbar sein**. Das bedeutet, dass die Neuregelungen in einer einfachen, verständlichen Sprache formuliert sind.

Wo erforderlich, sind umfassende Erläuterungen, Klarstellungen und Beispiele zu geben, wie die Regelungen im unternehmerischen Alltag umzusetzen sind. Zudem müssen weiterhin sowohl analoge als auch digitale Zugangswege bestehen.

4. Leitplanken für die Dokumentationspflichten: In Fällen, in denen Dokumentationen gefordert werden, muss der Gesetzgeber einen **klaren Rahmen** (bis hin zu notwendigen Formularen) setzen, indem er die notwendigen Berichtspflichten und den jeweiligen Gültigkeitsbereich klar definiert (womit ist der Gesetzeszweck hinreichend erfüllt?) und für allgemeingültig erklärt. Somit wird klar festgelegt, welche Anforderungen die Verwaltung oder Dritte einfordern können.
5. Alle Gesetzgebungsverfahren sollten auf ihre **Wechselwirkungen und den Harmonisierungsbedarf hinsichtlich bestehenden Rechts** über alle Ebenen der Gesetzgebung (EU, Bund, Länder) hinweg **überprüft** werden. Es sollte in Deutschland kein „Gold-Plating“ von EU-Rechtssetzung mehr geben.

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung stimmt dem Grundkanon zur Positionierung für Bürokratieabbau zu.

Information: Martin Proba, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort, Telefon: 06151 871-1234, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 5 Arbeitsprogramm 2025

Bericht: Robert Lippmann und Geschäftsbereichsleiter

Aus den durch die Vollversammlung im September 2024 beschlossenen Themenschwerpunkten „Fachkräfte sichern“, „Transformation ermöglichen“ und „Wirtschaftsstandort stärken“ wurde durch das Hauptamt ein Arbeitsprogramm für 2025 abgeleitet, das Robert Lippmann und mehrere Geschäftsbereichsleiter in Auszügen mit nachstehenden Folien vorstellen.

(Anmerkung: Am 25.11.2024 hatten die Mitglieder der Vollversammlung in einem virtuellen Temin Gelegenheit, ausführlich über das Programm zu diskutieren.)



Vor der Klammer...*

1.700+

Unternehmens-
besuche

30

Ausschüsse, Arbeitskreise
und Netzwerke

20.000+

Kontakte zur
Ausbildungsberatung

1.500+

Info-Veranstaltungen,
Sprechstunden,
Fachkonferenzen, Workshops

2.500+

Gründungs- und
Rechtsberatungen

2.200+

Teilnehmende
in Seminaren und
Lehrgängen

* Kennzahlen aus dem Geschäftsjahr 2023 41

Vor der Klammer...*

Abschlussprüfungen Gründungsberatung
Stellungnahmen Reallabor
Ausbildungsverträge Sprechstage
Ausschüsse Seminare Außenwirtschaft
KompAKI Lehrgänge Standortpolitik
Rechtsberatung Weiterbildungen Ausbildungsberatung
Politikberatung
Leitfäden Netzwerke Duale Ausbildung
Berufsorientierung Mitgliederbetreuung
Sustainable Finance MINTförderung
Nachfolge Kreislaufwirtschaft
Positionspapiere Bildungszentrum
Digitalzentrum

* Schlagworte aus unserem Arbeitsalltag

42

Unsere Mission

Wir vertreten das Gesamtinteresse von 65.000 Mitgliedsunternehmen aus Südhessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Wir vernetzen relevante Akteure, liefern Impulse und gestalten eine zukunftsorientierte, dauerhaft erfolgreiche Wirtschaftsregion mit.

Durch Bildung, Beratung und vielfältige Serviceangebote stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitglieder und befähigen Menschen zu einem selbstbestimmten (Berufs-)Leben.

Wir leben das Prinzip der Selbstverwaltung der Wirtschaft, fördern den fairen Wettbewerb, setzen uns für aufrichtiges, vertrauenswürdiges Verhalten im Wirtschaftsleben ein und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.



Wirtschaftsstandort stärken



Gewerbeflächen & Wohnraum



(Netz-)Infrastruktur & Mobilität



Vernetzung der Region(en)



Fachkräfte sichern



Berufliche Orientierung



Arbeitskräftepotentiale & Stille Reserve



Future Skills



Betreuung von Kindern & Familienangehörigen



Transformation ermöglichen



Digitalisierung



Green Deal



Generationenwechsel & zukunftsfähiges Unternehmertum



Unser Ziel: Eine zukunftsorientierte, dauerhaft wettbewerbsfähige und lebenswerte Wirtschaftsregion Rhein-Main-Neckar

WIRTSCHAFT
2040 | SÜDHESSEN DENKT VORAN



Gestaltung des Rechtsrahmens/
Entbürokratisierung

43



Gewerbeflächen & Wohnraum

Interessenvertretung und Erfahrungsaustausch profilieren:
Die Verfügbarkeit ausreichender Entwicklungsflächen für
Gewerbe und Industrie sowie bezahlbaren Wohnraums soll auf
allen Politik- und Verwaltungsebenen als wesentlicher Standort -
faktor verstanden werden.



Wirtschaftsstandort
stärken



(Netz-)Infrastruktur & Mobilität

Interessenvertretung profilieren: Die zukunftsorientierte
(Weiter-)Entwicklung von Infrastrukturen und deren
Nutzungsmöglichkeiten soll die Standortattraktivität
Süd Hessens auch langfristig sichern helfen.



Vernetzung der Region(en)

Zusammenarbeit innerhalb Süd Hessens sowie in den
Strukturen der Metropolregionen FRM und MRN
weiterentwickeln: Das Standortpotential an der Schnittstelle
beider Wirtschaftsräume soll durch gezielte Initiativen noch
besser genutzt und sichtbar werden.



Gründungen & Start-ups



Unternehmerische Verantwortung

Wir wollen die Attraktivität
und Wettbewerbsfähigkeit
der Region Rhein Main
Neckar durch
leistungsfähige Infrastruktur,
zielgerichtete
Kooperationen und
attraktive Standort-
bedingungen fördern.



Unser Ziel: Eine
zukunftsorientierte,
dauerhaft
wettbewerbsfähige und
lebenswerte
Wirtschaftsregion Rhein -
Main-Neckar

WIRTSCHAFT
2040 | SÜD HESSEN
DENKT VORAN

44

Gewerbeflächen & Wohnraum

Interessenvertretung und Erfahrungsaustausch profilieren: Die Verfügbarkeit ausreichender
Entwicklungsflächen für Gewerbe und Industrie sowie bezahlbaren Wohnraums soll auf allen
Politik- und Verwaltungsebenen als wesentlicher Standortfaktor verstanden werden.



Gewerbeflächen

Regionalplan Südhessen

Regionale Gewerbeflächenentwicklung
(u. a. Darmstadt/Weiterstadt, Griesheim,
Rüsselsheim, Biblis)

Interessenvertretung – kritische Begleitung der
Meinungsbildung und der Prozesse vor Ort

Biodiversität in Gewerbegebieten

Fortführung des Themas nachhaltige Gewerbe-
gebiete u. a. durch Exkursion und Diskussions-
Veranstaltung im Rahmen der Darmstädter Tage
der Transformation

Gewerbeflächen der Zukunft

Fortführung der regionenübergreifenden Webinar-
Reihe für Kommunen und Unternehmen zu Fragen
und Perspektiven der (Gewerbe-)Flächen-
entwicklung.

Bezahlbares Wohnen

Azubi-Wohnen in Südhessen

Interessenvertretung – kritische Begleitung der
Diskussion um Azubi-Wohnheime und Azubi-Werke

Mitarbeitenden-Wohnen

Webinar-Angebot in Zusammenarbeit mit den
MRN-IHKs zu Möglichkeiten für Unternehmen

Immobilien-Dialog zur Entbürokratisierung im Wohnungsbau

Schwerpunkt-Veranstaltung zur Begleitung der
aktuell laufenden politischen Diskussion

Innenstadtentwicklung

Potentialorte in Ortszentren & Innenstädten

Auslobung und Durchführung eines
(Foto-)Wettbewerbs in Kommunen, an dem sich
Bürger und Unternehmer beteiligen können, um
Potentialorte zu identifizieren. Diese sollen dann im
Nachgang schrittweise durch die Kommunen
entwickelt werden.

Wirtschaftsstandort stärken

45


(Netz-)Infrastruktur
Infrastruktur-Monitor Südhessen

Erarbeitung eines regelmäßig zu aktualisierenden Überblicks zu Ausbauprojekten und -fortschritten wirtschaftsrelevanter Infrastrukturen (Straße, Schiene, digitale Infrastruktur, Energienetz, Wasserstoff-Netz, ...) in unserem IHK-Bezirk als Daten- und Diskussionsgrundlage unserer Interessenvertretung.

Mobilität
Mobilitätswende in Südhessen (Kampagne)

Untersuchungen und Diskussionsformate für und mit der Region (Kommunen und Unternehmen), um neben der Definition "Was bedeutet Mobilitätswende für X?" auch Lösungsansätze für die Mobilität der Zukunft zu identifizieren.

Beratungsprogramm Mobilitätsmanagement

Veranstaltungen und Informationsangebote für Betriebe, wie Mobilitätsmanagement umgesetzt, benötigte Infrastruktur aufgebaut und das Mobilitätsangebot für Fachkräfte verbessert werden kann. Zielgruppe: Unternehmen mit 50+ MA

Handel & Mobilität

Schwerpunkt-Veranstaltung zur Frage, welches Mobilitätsangebot bzw. welche Mobilitätslösung Ober-, Mittel- und Ortszentren der Zukunft brauchen, um die gewünschten Frequenzen von Konsumenten zu fördern.

Wirtschaftsstandort stärken

46


Metropolregion FrankfurtRheinMain
Strategieforum FrankfurtRheinMain

Im Nachgang zur Neuwahl der Landesregierung in Hessen geht auch das länderübergreifende Strategieforum in eine neue Handlungsperiode über. Absehbare Themenschwerpunkte sind ein Mobilitätskonzept für die Region sowie der erleichterte Arbeitsmarktzugang für Absolventen der Hochschulen der Metropolregion.


Metropolregion RheinNeckar


Gemeinsam engagiert in der


Resilienzstudie MRN

Im Auftrag der IHKs der Metropolregion RheinNeckar erarbeitet IW Consult eine Bestandsaufnahme der Wettbewerbsfähigkeit der MRN. Ergebnisse und Ableitungen werden für die politische Arbeit in der Region und darüber hinaus sowie zur strategischen Ausrichtung der Initiative Metropolregion RheinNeckar genutzt.

Wirtschaftsstandort stärken

47

Zirkuläres Bauen
Immobilien-dialog FRM

Dies ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der IHKs Frankfurt und Darmstadt, 2025 unter dem Themenschwerpunkt zirkuläres Bauen.

Rohstoffabbau
Veranstaltungs- und Diskussionsreihe

IHK-übergreifende Bearbeitung des regional wichtigen Themas unter Einbindung des Branchenverbandes und regionaler Unternehmen.



Fachkräfte
sichern



Berufliche Orientierung

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren: Mittelfristig sollen alle allgemeinbildenden Schulen ein praxisnahes BO -Angebot vorhalten.



Arbeitskräftepotentiale & stille Reserve

Beratungskompetenz und Erfahrungsaustausch ausbauen: Mitgliedsunternehmen sollen befähigt werden, Fachkräfte - potentiale und stille Reserve besser zu erschließen.



Future Skills

Adaption des Transformationsbedarfs in unsere Angebote stärken: Insbesondere neue Qualifizierungsangebote zur Aus - und Weiterbildung sollen systematisch zur Gestaltung der laufenden Transformationsprozesse befähigen.



Betreuung von Kindern & Familienangehörigen

Interessenvertretung und Erfahrungsaustausch ausbauen: Das bedarfsgerechte Betreuungsangebot für Kinder und Familienangehörige soll auf allen Politik - und Verwaltungsebenen als wesentlicher Erfolgsfaktor der Fachkräftesicherung verstanden werden.



Image der Beruflichen Bildung



Zukunftsfähige Berufsschule

Wir wollen unseren Beitrag leisten, dass Unternehmen auch langfristig über ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte verfügen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern.

Insbesondere junge Menschen wollen wir dabei zu einem selbstbestimmten Berufsleben befähigen.



Unser Ziel: Eine zukunftsorientierte, dauerhaft wettbewerbsfähige und lebenswerte Wirtschaftsregion Rhein - Main-Neckar

WIRTSCHAFT
2040 | SÜDHESSEN
DENKT VORAN

48

Berufliche Orientierung

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren: Mittelfristig sollen alle allgemeinbildenden Schulen ein praxisnahes BO-Angebot vorhalten.



Berufliche Orientierung an Schulen

IHK-Zukunftswerkstätten

Fortlaufende Unterstützung von ca. 40 allgemeinbildenden sowie beruflichen Schulen in Südhessen beim Thema BO durch eine auf die jeweilige Schule individuell zugeschnittene Kooperation.

MINT-Zentren Südhessen

Unterstützung und Netzwerkarbeit zum Aufbau und zur Entwicklung von außerschulischen Lernangeboten in allen Teilregionen des IHK-Bezirks, die MINT-Bildung bei Kindern und Jugendlichen stärken.

BO an Gymnasien

Aktivitätsschwerpunkt an Gymnasien, um schrittweise mehr dieser Schulen im IHK-Bezirk für eine systematische Berufsorientierung zu gewinnen.

Bildungszentren

Kurzpraktika „heavy metal & high voltage“

Schüler der allgemeinbildenden Schulen in den 8. und 9. Klassen besuchen für einen Tag die BZs und fertigen im Bereich Metall und Elektro kleine Werkstücke. Ziel ist es, Interesse für eine gewerblich-technische Ausbildung zu wecken und Einblicke in eine "richtige Werkstatt" zu ermöglichen.

Tag der offenen Werkstatt

Schüler der allgemeinbildenden Schulen und Ausbilder unserer Partnerbetriebe kommen in die BZs. Ausbilder stellen ihre Firma, Produkte, Schwerpunkte usw. vor, zeigen Exponate und Nutzen die Einrichtung und Maschinen der BZs. Ziel: Sympathie zwischen Schüler und Ausbilder/ Firma und im Idealfall Praktika/Ausbildungsvertrag.

Match-Making

Azubi-Speeddatings

Durchführung von mind. 4 regionalverteilten Terminen zum 1:1-Matching von Ausbildungsbetrieben und Azubis.

Fachkräfte sichern

49



Kompetenzfeststellung

Validierungsverfahren beruflicher Kompetenzen

Neue hoheitliche IHK-Aufgabe ab 01.01.2025: Feststellung und Bescheinigung der individuellen „beruflichen Handlungsfähigkeit“ am Maßstab eines anerkannten Ausbildungsberufs als weiterer Baustein, um das vorhandene Fachkräfte-Potential im Arbeitsmarkt zu heben.

Teilqualifikationen und Qualifizierungsbausteine – Externen-Prüfung

Etablierte Instrumente zur Potentialentwicklung insb. schwächerer Arbeitnehmer bzw. als Zugang zum Ausbildungsabschluss für Berufspraktiker.

Beratungsangebote

Fachberatung Inklusion

Aufbau von Beratungskompetenz: Wir informieren und unterstützen Mitgliedsunternehmen bei unternehmensspezifischen Fragen rund um Neueinstellung, (Weiter-)Beschäftigung oder Ausbildung von behinderten Menschen.

Die Stelle im Umfang von 2 x 0,5 VZE wird zu 100 % öffentlich gefördert.

Fachberatung Fachkräfteeinwanderung

Beratung von Unternehmen, Zugewanderten sowie Geflüchteten rund um berufliche Ausbildung, Anerkennung von Abschlüssen sowie Rahmenbedingungen von Beschäftigung.

Erfahrungsaustausch Arbeitskräfte - anwerbung aus Drittstaaten

Erstmalige Vernetzung von Erfahrungswissen unserer Betriebe im Rahmen der bestehenden Veranstaltungsreihe „Forum Personalkultur“; ggf. Entwicklung in Netzwerk/ERFA-Kreis.

Fachkräfte sichern

50



Fokus Unternehmer & Fachkräfte

Zertifikatslehrgänge

Seminare

Zusatzqualifizierungen

Workshops

unter anderem zu

- ... 3D-Druck
- ... KNX-Steuerung
- ... Digitales Innovations- u. Produktmanagement
- ... Künstliche Intelligenz
- ... Cybersecurity
- ... Nachhaltigkeitsberichterstattung
- ... EU-Taxonomie
- ... Lieferkettenmanagement

u. v. m.

► siehe auch: Handlungsfelder „Digitalisierung“ und „Nachhaltigkeit“

Fokus Azubis

Circularity-Scouts

Adaption des bewährten Modells der „Energiescouts“ auf das Thema Kreislaufwirtschaft: Azubis identifizieren in ihrem Betrieb Potentiale für Kreislauffähigkeit, erhalten externen Fachinput zum Thema und setzen ein konkretes Vorhaben direkt im Betrieb um.

Zusatzqualifikation KI

Auszubildende können zusätzlich zur regulären Abschlussprüfung ihres Berufs Kompetenzen rund um die Grundlagen des Umgangs mit Künstlicher Intelligenz erwerben und eine entsprechende Prüfung ablegen.

Fokus Ausbilder

Ausbilder-Praxisworkshop zu KI

Know-how-Vermittlung zur Nutzung von KI-Tools im Ausbildungsalltag für Ausbilder unserer Mitgliedsbetriebe.

Fachkräfte sichern

51

Betreuung von Kindern und Familienangehörigen

Interessenvertretung und Erfahrungsaustausch ausbauen: Das bedarfsgerechte Betreuungsangebot für Kinder und Familienangehörige soll auf allen Politik- und Verwaltungsebenen als wesentlicher Erfolgsfaktor der Fachkräftesicherung verstanden werden.



Betreuungsangebot

Caretake-Monitor Südhessen

Erarbeitung eines regelmäßig zu aktualisierenden Überblicks zu vorhandenen Betreuungskapazitäten und deren Kapazitäten in unserem IHK-Bezirk als Daten- und Diskussionsgrundlage unserer Interessenvertretung.

Betriebliche Handlungsoptionen

Forum Personalkultur

Ausbilder-Workshop

Tagesseminar

Bespielen des Themas Betreuung von Kindern und Familienangehörigen in bereits bestehenden Veranstaltungsformaten als Basis der Angebotsentwicklung.

Fachkräfte sichern

52



Digitalisierung

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren: Mit aktuellen Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten sollen Mitgliedsunternehmen auf dem Weg der Digitalisierung unterstützt werden.



Transformation
ermöglichen



Green Deal

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren und Interessenvertretung in Bundesgremien fortsetzen: Mit aktuellen Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten sollen Mitgliedsunternehmen bei der Umsetzung des Green Deals unterstützt und Praxiserfahrungen bundesweit sichtbar werden.



Generationenwechsel & zukunftsfähiges Unternehmertum

Vertiefung und Breitenwirkung unserer Angebote weiterentwickeln: Mit aktuellen Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten sollen die Wettbewerbsfähigkeit von Mitgliedsunternehmen im Generationen- und Geschäftsmodell-übergang unterstützt werden.



Außenwirtschaft



Finanzierung & Förderung

Wir wollen insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen die notwendigen Werkzeuge zur Anpassung an sich verändernde Marktgegebenheiten, Technologien und Regularien bereitstellen.

Dafür notwendige Rahmenbedingungen wollen wir (mit-)gestalten.



Unser Ziel: Eine zukunftsorientierte, dauerhaft wettbewerbsfähige und lebenswerte Wirtschaftsregion Rhein - Main-Neckar

WIRTSCHAFT
2040 | SÜDHESSEN
DENKT VORAN

53

Digitalisierung

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren und Interessenvertretung in Bundesgremien fortsetzen: Mit aktuellen Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten sollen Mitgliedsunternehmen bei der Umsetzung des Green Deals unterstützt und Praxiserfahrungen bundesweit sichtbar werden.



Kompetenzvermittlung



KompAKI

Informationsveranstaltungen

Austauschformate

Workshops

Lab-Touren u. v. m.

Mehr als 50 verschiedene Themen-Angebote rund um KI-getriebene Produktion, KI- und daten-basierte Geschäftsmodelle, IT-Sicherheit u. v. m.

► siehe auch: Handlungsfeld „Future Skills“

Netzwerke

AK Smart Company

Angebot insb. für kleine und mittlere Unternehmen zum Transfer von Erfahrungswissen und Dialog-plattform der IT-interessierten Anwender in der Region. Im Vordergrund stehen praktische Hinweise und Tipps zur Umsetzung von Digitalisierungsprojekten.

IT-Leiter-Treff

Verstetigung des in 2024 neu gestarteten Formats zur Vernetzung/zum Erfahrungsaustausch der IT-Verantwortlichen unserer Mitgliedsbetriebe.

Transformation ermöglichen

54

Green Deal

Breitenwirkung unserer Angebote forcieren: Mit aktuellen Informations-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten sollen Mitgliedsunternehmen auf dem Weg der Digitalisierung unterstützt werden.



Kompetenzvermittlung

Online-Sprints

- EU-Taxonomie
- Nachhaltigkeitsberichterstattung

Kompakte Wissensvermittlung in 3 x 90 Minuten zu aktuellen, wirtschaftlich relevanten Themen. Die Inhalte werden als Shared-Service der IHK-Organisation erstellt und angeboten/durchgeführt.

Zertifikatslehrgänge

Seminare

- Betrieblicher Klimamanager IHK
- Manager/-in für menschenrechtliche Sorgfalt IHK
- Fachexperte für Wasserstoffanwendungen
- Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln, umsetzen und kommunizieren

Netzwerke

ETA+ Südhessen

ETA-Metropol Rhein Main Neckar

Die Netzwerke unterstützen Unternehmen, gemeinsam Energiesparmaßnahmen umzusetzen und damit einen Beitrag für mehr Klimaschutz zu leisten. Dabei verbindet das Netzwerk ETA-Plus Südhessen vorzugsweise kleine und mittlere Unternehmen, während sich im Rahmen des Netzwerks ETA-Metropol Rhein Main Neckar große Unternehmen aus den anliegenden Metropol-regionen austauschen.

Fotoaktion/Ausstellung

Unternehmen in der Transformation

Wir beauftragen einen oder mehrere professionelle Fotografen damit, Fotos/eine Ausstellung mit Bildern aus der Region zu choreografieren, die der Frage auf den Grund geht "Südhessens Wirtschaft – Vorreiter der Transformation?!"

Ziel ist ein Beitrag zur Image-Bildung und Wahrnehmung der Transformationsdynamik in unseren Unternehmen bei Politik und Öffentlichkeit

Transformation ermöglichen

55



Kompetenzvermittlung

Werkstattgespräche Unternehmensnachfolge

Webinarreihe(n)

Fortlaufende Angebote zu zentralen Fragen der Unternehmensnachfolge: Worauf muss ein Übernehmer/ein Nachfolger achten: Unternehmensbewertung, Fachkräftesituation, finanzielle Lagebeurteilung, wo finde ich Unternehmen, die zur Übergabe reif sind?

Nachfolge vor Ort – Aktion gemeinsam mit ausgewählten Kommunen

Auf Basis unserer Mitgliedsdaten identifizieren wir für ausgewählte Kommunen, welche Betriebe GFs ab 50 Jahren haben. Die Unternehmen beraten wir vor Ort mit WiFös und Bürgermeistern und entwickeln individuelle Angebote zur Nachfolgeberatung. In einem nächsten Schritt könnten daraus auch konkrete Weiterbildungsangebote für Nachfolger entstehen bzw. vermittelt werden.

Transformation ermöglichen

56



Mitarbeiter-Entsendung

Mitarbeit in der Stabsstelle Entbürokratisierung der Hessischen Staatskanzlei

Pilotprojekt: Die Entsendung eines Mitarbeiters einer IHK in ein Landesministerium/die Staatskanzlei ist ein Novum in der Zusammenarbeit von Landesregierung und IHKs in Hessen.

Mit der neuen Form der Zusammenarbeit wollen wir die konkreten Problemlagen unserer Mitgliedsbetriebe noch direkter als bislang in den politischen Prozess einbringen und darüber hinaus unsere Beraterrolle für die Landesregierung dauerhaft stärken.

Die Personalkosten werden 50:50 von Staatskanzlei und IHK Darmstadt getragen.

Gesprächsformate

Politische Frühstücksgespräche

Tumusmäßiges Gesprächsformat mit den südheßischen Landes- und Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD, Grünen und FDP.

Hintergrundgespräche auf Landes- und Bundespolitik

anlassbezogen mit relevanten Entscheidungsträgern

- vom Bürgermeister bis zu Landesministern
- vom Einzelgespräch bis zur GremienDiskussion

Europapolitische Hintergrundgespräche

anlassbezogen mit (südheßischen) MdEPs

Ad hoc-Austausche zu Regulierungsfragen

mit Einbindung betroffener Mitgliedsunternehmen

und viele mehr...

Gestaltung des Rechtsrahmens

57



IHK am Standort Rheinstraße 89

Weiterentwicklung unserer Immobilie

Nach sorgfältiger Abwägung der möglichen Entwicklungsszenarien in der vorangegangenen Legislaturperiode werden wir in 2025 in die konkrete Umsetzung einer Revitalisierung des IHK-Haupthauses starten.

Attraktiver Arbeitgeber

Audit berufundfamilie

Für 2025 streben wir eine erfolgreiche Auditierung der IHK Darmstadt unter dem Gesichtspunkt der familien- und lebensphasenfreundlichen Personalpolitik und Unternehmenskultur an.

Digitalisierung

KI-gestützte Prozessautomatisierung

Im Rahmen von Pilotprojekten in mehreren Geschäftsbereichen loten wir die Effizienzpotentiale einer KI-gestützten (Teil-) Automatisierung interner Prozesse aus und überführen funktionierende Anwendungsfälle in den Dauerbetrieb.

Digitaler Ausbildungsvertrag

Infocenter Azubis

Infocenter Ausbildungsbetriebe

Infocenter Weiterbildung

Einführung weiterer digitaler Kundenschnittstellen für wesentliche Angebotsbausteine des IHK-Portfolios mit dem Ziel, sowohl den IHK-internen Aufwand zur Abwicklung der (hoheitlichen) Prozesse zu optimieren als auch die Kundenerwartungen an die IHK als moderne Serviceeinrichtung zu erfüllen.

Organisationsentwicklung

58

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung stimmt dem geplanten Arbeitsprogramm 2025 zu.

TOP 6 Finanzen und Gebühren

TOP 6 a) Finanzen 2024-2025

Bericht: Matthias Bürk, Vorsitzender Etatausschuss und Vizepräsident

Herr Bürk berichtet analog der Beschlussvorlage.

2024: Forecast zum Wirtschafts- und Finanzplan

Für das Haushaltsjahr 2024 liegt der Forecast (FC) des Wirtschaftsplans der IHK Darmstadt vor (siehe Anlage 1).

Die **Betriebserträge** fallen im FC mit insgesamt rund 24,5 Mio. EUR rund 1,18 Mio. EUR höher aus als geplant. Die Mehreinnahmen sind im Wesentlichen auf zwei höhere Abrechnungen aus Vorjahren zurückzuführen.

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung vom 5. Dezember 2024

Der **Betriebsaufwand** liegt im FC bei rund 21,75 Mio. EUR rund 518 TEUR höher als im Planansatz. Die wesentlichen Veränderungen sind im „Erfolgsplan Forecast 2024 – Mindestgliederung“ kommentiert, der in der Anlage beigefügt ist.

Das **Betriebsergebnis** liegt damit im FC bei rund 2,77 Mio. EUR (Plan: plus 2,105 Mio. EUR).

Das **Finanzergebnis** beläuft sich im FC auf plus 913 TEUR (rund 1,1 Mio EUR besser als geplant). Es enthält Erträge und Abschreibungen aus den Finanzanlagen sowie die aktuell geplanten Abschreibungen im Innovationsfonds. Das deutliche Plus resultiert aus dem Verkauf aller im bisherigen Wertpapierdepot enthaltenen Aktien. Der Etatausschuss hatte einen Bankenwechsel und eine Neustrukturierung angeregt und beschlossen.

Für 2024 planen wir im **Innovationsfonds** Abschreibungen analog der Hessen Kapital. Inklusive der voraussichtlichen Verwaltungskosten für 2024 haben wir im FC einen Restwert von 578 TEUR angesetzt. Weiteres zum Innovationsfonds entnehmen Sie bitte der Beschlussvorlage zu TOP 6 b)).

Das **Jahresergebnis** fällt um rund 1,77 Mio. EUR besser aus als geplant und wird im FC mit einem Plus von fast 3,67 Mio. EUR ausgewiesen.

Das Jahresergebnis von plus 3,67 Mio. EUR führt zu einer Zunahme des Sonstigen Eigenkapitals um 987 TEUR sowie zu einem positiven Ergebnis von 2,679 Mio. EUR, das zunächst als Ergebnisvortrag in das Jahr 2025 übertragen werden soll.

Die IHK verfügt im FC über **zweckgebundenes Vermögen** wie folgt:

Zweckspiegel FC 2024	Stand	Abbau	Aufbau	geplanter Stand	Delta
Entwicklung	T€	T€	T€	T€	T€
geplante Vorsorge	01.01.2024	2024	2024	31.12.2024	2024
1 Risikovorsorge	3.297	0	82	3.379	82
2 Digitalisierung	522	522	0	0	-522
3 Vollversammlung	133	133	0	0	-133
4 Bau	10.653	0	2.267	12.920	2.267
5 Pensionsverpflichtungen	12.216	555	0	11.661	-555
Vorsorge	26.822	1.211	2.348	27.959	1.137

Die **Risikovorsorge** entspricht dem Plan.

Die geplanten Digitalisierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Die Vorsorge für **Digitalisierung** wird daher zum Jahresende komplett abgebaut.

Die Vorsorge für die **Vollversammlungswahlen** wurde mit Durchführung der Wahlen in 2024 komplett abgebaut. Der Etatausschuss hat beschlossen, dass diese Vorsorge künftig nicht mehr aufgebaut wird und die Aufwendungen künftig im Rahmen des jeweiligen Wirtschaftsplans berücksichtigt werden.

Die **Bauvorsorge** erhöht sich im FC auf 12,9 Mio. EUR und entspricht damit der in der Vollversammlung beschlossenen maximalen Höhe der möglichen Vorsorge.

Die **Pensionsverpflichtungen** wurden gemäß aktuellem versicherungsmathematischen Prognosegutachten entsprechend angepasst.

Im FC sind **Investitionen** von insgesamt rund 72 TEUR eingestellt. Die Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

	Plan 2024 TEUR	FC 2024 TEUR	IST 2024 Stand 09/2024 TEUR	
Auszahlungen in Sachanlagevermögen	-60	-67	-41	
• Grundstücke und Gebäude	0	0	0	
• Technische Anlagen	-17	-18	-7	
pauschal veranschlagt	-17	-18	-7	
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	-43	-49	-34	
pauschal veranschlagt	-43	-49	-34	
Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-6	-5	0	
• pauschal	-6	-5	0	
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	
Σ	-66	-72	-41	

beschlossen
VV 11/2023

v. a. Ausstattungen BZs
(Modernisierung Ausbildung
Elektropneumatik, Ausstattung
neuer Ausbildungsberuf
Elektroniker für
Automatisierungstechnik, neuer
Kurs Hochvolttechnik)

Büroeinrichtungen (New
Work), Spinde BZs,
Babywickelstation

Simulationssoftware BZs
Programmieren und Steuern
einer digitalen Fabrik

Kenntnisnahme

Die Vollversammlung nimmt den Forecast nachrichtlich zur Kenntnis.

2025: IHK-Risikovorsorge und zweckgebundenes Vermögen

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich Ende 2015 mit der Frage der Zulässigkeit der Bildung von Rücklagen auseinandergesetzt. Grundsätzlich bestätigt das Gericht die Zulässigkeit der Bildung von Rücklagen und stellt fest, dass sie Bestandteil einer ordentlichen Wirtschaftsführung sind. Rücklagen zur Risikoabsicherung sind zulässig. Eine solche Risikoabsicherung kann auch durch pauschalierte Rücklagen wie unsere Ausgleichsrücklage erfolgen, wenn sie entsprechend unterlegt sind.

Bezogen auf pauschalierte Rücklagen fordert das Gericht, deren Höhe durch eine „Risikoprognose“ zu unterlegen. Das Urteil des Gerichtes stellt einen Paradigmenwechsel dar, da bisher die pauschalen Rücklagen in den vorgegebenen Grenzen des Finanzstatuts ohne Nachweis akzeptiert worden sind. Wir haben darauf reagiert und der Vollversammlung für 2016 im März 2016 eine solche Risikoprognose vorgelegt, seit 2017 erfolgte dies mit Vorlage des Wirtschaftsplans.

Die Vorgehensweise

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hat die IHK-Organisation gemeinsam mit PriceWaterhouseCoopers (PwC) die Thematik analysiert, gemeinsame Handlungsempfehlungen erarbeitet und ein technisches Tool zur Umsetzung des Verfahrens – sogenanntes Risikotool – entwickelt. Das Risikotool wurde durch PwC am 04.08.2016 zertifiziert.

Die Lösung im Detail

Das für alle IHKs entwickelte Verfahren ist auf die Umsetzung der Anforderungen des

Bundesverwaltungsgerichtes an die Rücklagengestaltung für IHKs ausgerichtet. Es setzt die Anforderungen des Urteils vollständig um. Grundlage der Ermittlung der notwendigen Risikovorsorge der IHK ist ein abgestimmter Katalog möglicher, für die IHKs relevanter Risiken. In diesen Katalog haben Risiken Eingang gefunden, die nicht bereits durch den Wirtschaftsplan, Rückstellungen, Versicherungen oder andere zweckgebundene Rücklagen abgedeckt sind. Es handelt sich somit um eine Art „Restrisiko“, für das mit der Ausgleichsrücklage bilanzielle Vorsorge getroffen werden soll.

Für jedes Risiko ist eine spezifische Risikobeschreibung, die notwendigen Berechnungsgrundlagen, eine Einschätzung über die Höhe eines möglichen Schadensausmaßes (in der Ausprägung minimal, höchst wahrscheinlich, maximal) und die Eintrittswahrscheinlichkeit anzugeben. Weiterhin ist festzulegen, inwieweit zwischen den einzelnen Risiken Korrelationen bestehen (verändert der Eintritt eines Risikos die Eintrittswahrscheinlichkeit eines anderen Risikos).

Die entwickelte Softwarelösung ermittelt nun die Gesamthöhe der auf die IHK wirkenden Risiken. Es werden drei unterschiedliche Ergebnisse zur Verfügung gestellt: a) eine ungewichtete Schadenssumme, b) eine gewichtete Schadenssumme sowie c) die Ermittlung eines Konfidenzintervalls.

a) **Ungewichtete Schadenssumme:** Für jedes Einzelrisiko wird zunächst der minimale, der erwartete (wahrscheinlichste) und der maximale Schaden ermittelt. Das Gesamtrisiko besteht dann in der Schadenssumme, die sich aus reiner Addition der Schäden der einzelnen Risiken (jeweils für min-erwartet-max) ergibt.

Bei dieser Methode bleibt unberücksichtigt, dass der gleichzeitige Eintritt aller Risiken mit dem jeweiligen Schadenswert höchst unwahrscheinlich ist und die ermittelte Schadenssumme dadurch in der Regel zu hoch bemessen ist.

b) **Gewichtete Schadenssumme:** Bei dieser Methode wird jedem Einzelrisiko eine eigene Eintrittswahrscheinlichkeit zugeordnet. Der Schaden jedes Einzelrisikos wird mit der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit gewichtet. Die gewichtete Schadenssumme ergibt sich dann aus der Addition der gewichteten Schadenswerte. Diese Methode hat den Nachteil, dass das einzelne Risiko nur mit dem gewichteten Schaden abgesichert ist, im Falle des tatsächlichen Schadenseintritts der Schaden sich aber in vollem Ausmaß auswirkt. In der Regel ist die ermittelte Schadenssumme bei dieser Methode daher zu niedrig bemessen.

c) **Ermittlung eines Konfidenzintervalls:** Die Ermittlung eines Konfidenzintervalls ist ein übliches statistisches Verfahren, bei dem die Abhängigkeit (Korrelation) der Risiken untereinander und die geringe Wahrscheinlichkeit des gleichzeitigen Eintritts aller Risiken berücksichtigt werden. Das Konfidenzintervall wird über mathematische Modelle und eine Vielzahl von Stichproben ermittelt. Es besagt, dass bei unendlicher Wiederholung eines Zufallsexperiments das Intervall den gesuchten Wert (Schadensausmaß) mit einer bestimmten Häufigkeit (dem Konfidenzniveau) umfasst.

Als Konfidenzintervall werden üblicherweise 90 %, 95 %, 99 % und 99,99 % gewählt. Versicherungen arbeiten im Bereich der Schadensregulierung in der Regel mit dem Konfidenzintervall von 95 %, daher empfiehlt sich dieses Intervall im Falle der Risikoabsicherung der IHKs. Im Normalfall liegt das Konfidenzintervall unterhalb der ungewichteten und über der gewichteten Schadenssumme (Methoden 1 und 2).

Anlage Risikovorsorge IHK Darmstadt

Die IHK Darmstadt erstellt für den Wirtschaftsplan 2025 zur Bestimmung und Absicherung ihrer Risiken eine detaillierte und ausgewogene Chancen-Risiken-Analyse. Analyse und Datenbasis für die Dotierung der Risikovorsorge erfolgen wie folgt:

I. Umlagen und Beiträge

1. Konjunkturrisiko

Das Risiko besteht im Falle einer ernsten Konjunkturkrise = Einbruch der laufenden Umlage, da die Unternehmen ihre Bemessungsgrundlagen anpassen bzw. reduzieren werden.

Schadensbewertung in €	
396.600 ¹	
Eintrittswahrscheinlichkeit	Gering: > 10 % - 25 %

2. „Klumpenrisiko“

Es besteht das Risiko des Ausfalls großer Beitragszahler oder hoher Rückzahlungen.

Schadensbewertung in €		
Minimum	Erwartet	Maximum
2.129.900	2.412.800	2.832.000
Eintrittswahrscheinlichkeit		Mittel: > 25 % - 50 %

¹ Die Werte für ‚Minimum‘, ‚Erwartet‘ und ‚Maximum‘ sind beim Konjunkturrisiko identisch, seitdem das BVerwG in einem Urteil die Notwendigkeit der Jährlichkeitsbetrachtung festgestellt hat.

II. Erträge aus Gebühren

Ausbildungsgebühr: die Kalkulation der Erträge aus der Eintragungs- und Betreuungsgebühr erfolgt auf der Anfang August bekannten Datenlage (Zeitreihe, Schulabgängerzahlen, Einschätzung des Fachbereichs). Aufgrund der Löschung vieler Ausbildungsverträge stehen die tatsächlichen Gebührenerträge erst zum Jahresende fest. Ein Ausfall gegenüber dem Planansatz wirkt sich für 3 bis 3,5 Jahre aufgrund der Periodenabgrenzung aus. Da eine Erhöhung der Gebühr erst für den nächsten neuen Jahrgang möglich ist, muss ein mögliches Ausfallsrisiko auf die gesamten Gebührenerhöhungen des geplanten neuen Jahrgangs erfolgen.

Schadensbewertung in €		
Minimum	Erwartet	Maximum
412.050	412.050	824.100
Eintrittswahrscheinlichkeit		Mittel: > 25 % - 50 %

III. Erträge aus Entgelten

Seminar- und Veranstaltungsgeschäft: Hier werden im größeren Umfang Erträge aus Informations- und Seminarveranstaltungen geplant. Unsicherheit besteht im Planungszeitraum über Verfügbarkeit von Räumlichkeiten und Dozenten, aktueller Themen und Kostenpflicht. Wenn sich unterjährig beispielsweise Entwicklungen ergeben, die einen hohen Informationsbedarf für die Mitgliedsunternehmen mitbringen, werden Informationsveranstaltungen als Service angeboten, die in der Regel nicht kostenpflichtig sind. Andere geplante, kostenpflichtige Seminare können dann u. U. nicht mehr abgesichert werden.

Schadensbewertung in €		
Minimum	Erwartet	Maximum
110.190	220.380	440.760
Eintrittswahrscheinlichkeit		Mittel: > 25% - 50%

IV. IT: Technische Störungen

Die IT-Infrastruktur ist grundlegend für die Arbeit der IHK Darmstadt. Die Risiken betreffen im Kern drei Bereiche. Erstens muss (wie in jedem Betrieb) die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeitenden gewährleistet bzw. im Schadensfall schnellstmöglich wieder hergestellt werden.

Zweitens müssen die zur Arbeit der IHK notwendigen Daten verlässlich verfügbar und vor fremden Zugriffen geschützt sein. Drittens läuft die IHK durch ihren öffentlichen Auftrag im Falle eines Systemfehlers (oder auch nur beim Verdacht eines solchen) ein hohes Risiko, auf Schadensersatz-ansprüche verklagt zu werden (z. B. rund um die Organisation von Prüfungen, beim Umgang mit hochsensiblen Daten der Finanzverwaltung etc.).

Die Gfl spielt bei der IHK Darmstadt eine zentrale Rolle hinsichtlich System-sicherheit, da der Großteil unserer zentralen Systeme von der Gfl betrieben und gewartet werden (Server, Mailsystem, Telefonie, Datenverwaltung, Archivierung). Auch ein erheblicher Anteil an IT-Sicherheitsinfrastruktur wird von der Gfl bereitgestellt.

Schadensbewertung in €		
Minimum	Erwartet	Maximum
104.500	569.500	1.519.500
Eintrittswahrscheinlichkeit mittel: > 25 % - 50 %		

Vorsorge

Die im Risikotool ermittelte Vorsorge liegt bei 3,762 Mio. EUR. Das Konfidenzniveau im Risikotool wurde auf 95 % festgelegt, was den in der Praxis üblichen Niveaus (95 % oder 99 %) entspricht. Es bedeutet, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % das Gesamtrisiko bei 3,762 Mio. EUR liegt – oder anders formuliert: ca. alle 20 Jahre besteht das Risiko, dass alle dargelegten Risiken zum gleichen Zeitpunkt eintreten. Die Risikovorsorge wird entsprechend im Wirtschaftsplan 2025 auf 3,762 Mio. EUR (2024: 3,379 Mio. EUR) angepasst.

Kenntnisnahme

Die Vollversammlung nimmt die Vorsorgeplanung nachrichtlich zur Kenntnis.

2025: Wirtschafts- und Finanzplan, Wirtschaftssatzung

Für das Wirtschaftsjahr 2025 liegt der Entwurf eines Wirtschaftsplans der IHK Darmstadt samt Erläuterungen und Wirtschaftssatzung vor (siehe Anlage 2).

Wir planen für das nächste Jahr **Betriebserträge** von rund 21,355 Mio. EUR.

Bei den **Beiträgen** rechnen wir im nächsten Jahr nach den uns aktuell vorliegenden Informationen für das laufende Jahr und Vorjahre mit Beitragserträgen von rund 16,16 Mio. EUR. Wie vorausgehend erläutert, rechnet die IHK im FC 2024 mit einem Ergebnis von 2,679 Mio. EUR, das auf 2025 vorgetragen werden soll. Dieses Ergebnis soll vor allem der finanziellen Entlastung der IHK-Mitgliedsunternehmen dienen. Um möglichst viele Mitgliedsunternehmen zu erreichen, schlägt der Etatausschuss einen einmaligen Rabatt auf den Gesamtbeitrag für das Beitragsjahr 2025 (Grundbeiträge und Umlagen) in Höhe von 20 % vor. Die geplanten Erträge aus Beiträgen liegen danach bei 13,69 Mio. EUR.

Der **Betriebsaufwand** beläuft sich im Plan auf rund 24,1 Mio. EUR.

Im Personalaufwand planen wir mit einer tariflichen Erhöhung von 5,6 % zum 01.07.2025.

Wir planen mit einem **Betriebsergebnis** von minus 2,75 Mio. EUR.

Das **Jahresergebnis** wird mit minus 2,162 Mio. EUR geplant. Der Ergebnisvortrag aus 2024 dient der Erhöhung des sonstigen Eigenkapitals um 517 TEUR sowie dem Ausgleich des negativen Jahresergebnisses durch den Beitragsrabatt.

Die IHK Darmstadt plant folgende Vorsorge:

- Risikovorsorge: als Puffer für (insbesondere) konjunkturbedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen gem. Datenblatt „Risikovorsorge IHK Darmstadt“
- Bau: Weiterentwicklung der Immobilie Rheinstraße
- Pensionsverpflichtungen: für Pensionszusagen

Für 2025 sind nach derzeitigem Stand **Investitionen** von insgesamt rund 1.225 TEUR geplant.

	Plan 2024 TEUR	FC 2024 TEUR	Plan 2025 TEUR
Auszahlungen in Sachanlagevermögen	60	67	1.218
• Grundstücke und Gebäude	0	0	0
• Technische Anlagen	17	18	782
pauschal veranschlagt	17	18	23
Maschinen Bildungszentren (anteilig gefördert)			759
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	43	49	436
pauschal veranschlagt	43	49	77
Whiteboards Bildungszentren (anteilig gefördert)			44
Sicherheitsmaßnahmen Überwachungsanlage *			250
Handys			65
Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	6	5	7
• pauschal	6	5	7
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0
Σ	66	72	1.225

* Die Investitionsauszahlungen für Sicherheitsmaßnahmen Überwachungsanlage werden gemäß §12 Abs. 5 FS für übertragbar erklärt.

Die Investitionen beinhalten 250 TEUR für „Sicherheitsmaßnahmen/Überwachungsanlage“. Dabei sind vor allem die Installation einer Videoanlage, eventueller Sprechstellen und ergänzender Beleuchtung in der Tiefgarage angedacht. Das IHK-Gebäude und die Tiefgarage sind für Publikumsverkehr von mehreren Seiten frei zugänglich, das birgt Sicherheitsrisiken. Begehungen mit der Polizei bestärken diese Risikoeinschätzung.

Diese Investition ist mit einem Übertragungsvermerk versehen. Gemäß unseres Finanzstatus können wir damit Investitionen auch in die zwei folgenden Jahre verschieben, ohne dass die Vollversammlung erneut zustimmen muss. Das gibt der IHK Darmstadt den Freiraum, die Maßnahmen im Rahmen der Revitalisierung des Gebäudes, abhängig von den Entscheidungen des Ehrenamts, zeitlich einzupassen.

Des Weiteren sind zwei Einzelmaßnahmen der Bildungszentren enthalten. Für Ausbildungszwecke sollen neue Maschinen und Whiteboards angeschafft werden, um den notwendigen Ausbildungsbedarf anhand aktueller Technik zu vermitteln. Diese Investitionen sind in der Gesamtsumme von der Vollversammlung zu beschließen, werden aber zu einem großen Teil durch das Bundesinstitut für Berufsbildung gefördert. Insgesamt werden von den Investitionen in Höhe von rund 803 TEUR knapp 655 TEUR gefördert, womit ein Eigenanteil für die IHK knapp 148 TEUR beträgt.

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung beschließt,

- die Grundbeiträge unverändert zu belassen, ebenso wie die Umlagen unverändert bei 0,20 % des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb zu belassen,
- einen einmaligen Beitragsrabatt von 20 % auf Grundbeiträge und Umlagen für das Beitragsjahr 2025,
- die Vorsorgen gemäß Zweckspiegel in voller Höhe zu decken,
- die Erhöhung des Sonstigen Eigenkapitals um 517.100 EUR und
- dem Wirtschaftsplan 2025 durch Beschluss der Wirtschaftssatzung 2025 zuzustimmen.

Information: Dr. Carolin Mülverstedt, Leiterin Geschäftsbereich Organisationsentwicklung, Personal und Finanzen, Telefon: 06151 871-1260, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 6 c) Gebühr für neue hoheitliche Aufgabe „Validierung beruflicher Kompetenzen“

Bericht: Dr. Marcel Walter, Leiter Geschäftsbereich Aus- und Weiterbildung

Dr. Marcel Walter informiert die Vollversammlung über die geplante Gebühr zur Erfüllung der neuen hoheitlichen Aufgabe „Validierung beruflicher Kompetenzen“, analog der im Vorfeld der Sitzung verschickten Beschlussvorlage:

Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes über das Berufsbildungsvalidierungs- und digitalisierungsgesetz (BVaDiG) im Juli 2024 wurde den IHKs eine neue hoheitliche Aufgabe übertragen. Ab 01.01.2025 haben Bürger ein Recht darauf, ihre beruflichen Kompetenzen validieren zu lassen.

Über eine Validierung kann eine teilweise oder vollständige Berufsankennung erfolgen, ohne dass die validierte Person im jeweiligen Beruf eine Ausbildung absolviert hat. Anders als bei der schon seit 1969 bestehenden „Externenprüfung“ erfolgt die Validierung nicht über die regulären IHK-Prüfungen, sondern über ein spezielles Verfahren mit Fachgesprächen und Arbeitsproben direkt im Betrieb.

Für diese neue hoheitliche Aufgabe müssen gesonderte Gebühren geschaffen werden, da die Ermittlung der Kompetenzen deutlich aufwändiger ist als über reguläre Prüfungen. Der Anhang zur Gebührenordnung der IHK Darmstadt (Gebührentarif), in dem die einzelnen Verwaltungsleistungen der IHK aufgelistet und eine Gebührenhöhe zugewiesen werden, muss daher erweitert werden. Anpassungen der Gebührentarife bedürfen der Zustimmung der Vollversammlung.

Die Validierung wurde in einem deutschlandweiten Projekt bei mehreren IHKs erprobt, sodass bereits Erfahrungswerte für den Aufwand vorliegen. Die IHK Nord Westfalen hat eine Musterkalkulation zur Verfügung gestellt, damit für diese neue Aufgabe bundesweit annähernd einheitliche Gebühren erhoben werden können.

Da die Validierung je nach Beruf unterschiedlich komplex ist, gibt es mehrere Gebührentatbestände (siehe Anlage). Um aussichtslose Verfahren frühzeitig festzustellen und den Umfang des Verfahrens im jeweiligen Beruf abschätzen zu können, wird der eigentlichen Validierung ein vorbereitetes Verfahren vorangestellt. Die Gesamtgebühr ergibt sich aus der Summe der Gebühren aus dem vorbereitenden Verfahren und dem eigentlichen Validierungsverfahren. Bei einem einfachen Verfahren fallen beispielsweise 310 EUR für das vorbereitende Verfahren und 1.043 EUR für das Hauptverfahren an, damit in Summe 1.353 EUR.

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung beschließt die Neufassung des Anhangs der Gebührenordnung (Gebührentarif) der IHK Darmstadt gemäß beigefügter Anlage.

Information: Dr. Marcel Walter, Leiter Geschäftsbereich Aus- und Weiterbildung, Telefon: 06151 871-1240, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

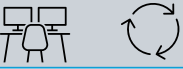
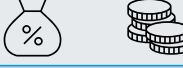
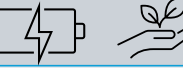
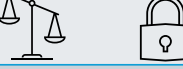
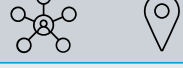
TOP 8 *Politisches Positionspapier der DIHK*

Bericht: Robert Lippmann

Mit Verweis auf den großen Umfang der im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellten Positionierung verweist Robert Lippmann in erster Linie auf die Bedeutung des Papiers für die politische Arbeit der IHK-Organisation in Deutschland und auf EU-Ebene insgesamt. Die formulierten Forderungen, gegliedert in die neun nachstehenden Themenfelder, seien auch unter Einbindung betroffener Ausschüsse und Gremien in den deutschen IHKs entstanden.

Die Positionen synchronisierten die Meinungen der breiten Wirtschaft und sorgen für Sprachfähigkeit.

Robert Lippmann dankt allen, die sich eingebracht hätten und empfiehlt die Positionierung auch für eigene Gespräche mit wirtschaftspolitischen Themen. Man könne darin eine gute Orientierung finden.

	Mittelstand und Unternehmensfinanzierung
	Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung
	Steuern und Staatsfinanzen
	Energie und Nachhaltigkeit
	Bildung und Fachkräfte
	Außenwirtschaft und Europäischer Binnenmarkt
	Rechtsstandort und Rechtssicherheit
	Digitalisierung und Regionale Entwicklung
	Forschung und Branchen

66

Herr Martiné informiert über die geplante politische Arbeit mit dem Positionspapier im Zuge der Bundestagswahl und stellt in diesem Zusammenhang die – ab Januar – neue Hauptgeschäftsführerin der DIHK in Berlin, Dr. Helena Melnikov, vor, die für einen Besuch in der Vollversammlung eingeladen werde. Dies sei aber erst für 2026 realistisch.

Neue DIHK-Hauptgeschäftsführerin: Dr. Helena Melnikov

- Aktuell: Hauptgeschäftsführerin beim Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME), Eschborn
- seit 2021 Mitglied im Vorstand des BME
- 2014 – 2021 Hauptgeschäftsführerin des Waren-Vereins der Hamburger Börse
- davor Abteilungsleiterin Recht und Wettbewerb beim Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Berlin

67

Beschluss der Vollversammlung am 5. Dezember 2024:

Die Vollversammlung nimmt die Wirtschaftspolitischen Positionen 2024 zustimmend zur Kenntnis.

Information: Dr. Peter Kühnl, Geschäftsbereich Unternehmen und Standort, Telefon: 06151 871-1107, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)